

# Ökologie & EUROPA

3  
2022

Magazin zur politischen Arbeit von Manuela Ripa –  
Europaabgeordnete der Ökologisch-Demokratischen Partei



Verpackungen neu denken  
EU-Pestizidverordnung  
Wildtierjagd und Trophäenhandel  
Fairhandel statt Freihandel

Seite 3

Seite 6

Seite 8

Seite 12

## Liebe Leserin und lieber Leser!



im ägyptischen Badeort Sharm el-Sheikh rangen bis vor wenigen Tagen wieder Zehntausende Fachleute und Delegierte bei der nun bereits 27. UN-Konferenz (COP 27) darum, den richtigen Weg zu finden, wie wir der sich zuspitzenden Klimakrise begegnen.

Oberstes Thema auf der Konferenz war dieses Jahr die Klimagerechtigkeit zwischen dem globalen Norden und Süden. Die vom Klimawandel betroffenen Länder sollen vor allem dazu befähigt und ermutigt werden, ihre Ökosysteme zu schützen oder wiederherzustellen. Denn die Klimakrise ist weltumspannend und die Zeiten, in denen wir Aufgaben von solcher Dimension allein lösen, sind vorbei. Politik – wenn sie erfolgreich sein will – erfordert Kooperation.

Das gilt für alle Themen, die wir mit und in dieser nun schon fünften Ausgabe von *Ökologie&Europa* ansprechen. Ganz praktisch etwa für das Thema **Verpackung (ab Seite 3)**, für das die EU-Kommission Ende November ihren Vorschlag auf den Tisch legen wird. Unser Beitrag zeigt, dass nur der Einstieg in die Kreislaufwirtschaft den sonst immer weiter wachsenden Müllberg deckeln oder gar abtragen kann. Auch wird erörtert, welchen Einfluss die Wahl der Rohstoffe auf unsere Gesundheit sowie auf Natur und Klima hat und nicht zuletzt auch wie Europa mit intelligenten und innovativen Produkten zum Technologie- und Marktführer avancieren kann.

In einer Zeit multipler Krisen – dem Krieg in der Ukraine, der Energieverknappung, des Klimawandels und Artensterbens sowie einer grassierenden Inflation – wird deutlich, wie all diese Probleme nicht nur miteinander verknüpft sind, sie potenzieren sich vielmehr in ihrer Wirkung. Krisen existieren weder isoliert, noch sind sie als einzelne lösbar. Das verdeutliche ich am Beispiel der **EU-Pestizidverordnung (ab Seite 6)**. Dort erfahren Sie, wie Pestizide die Artenvielfalt minimieren und so am Ende auch den Landwirten selbst schaden, weil sie Insekten als Bestäuber für deren

Nutzpflanzen töten. Über die so mit ausgelöste Biodiversitätskrise beraten Anfang Dezember bei einer weiteren UN-Konferenz in Montreal ebenfalls Tausende Expertinnen und Experten. Auch dort wird sich zeigen: Alles bedingt sich gegenseitig – Arten- und Klimaschutz können wir nur zusammen begegnen. Diese Aussage wird weiter im Beitrag über **Trophäenjagd (ab Seite 8)**, die sich negativ auf unsere Ökosysteme und das Klima auswirkt, aufgegriffen. Diese grausame Praxis gehört verboten, denn sie widerspricht nicht nur dem Artenschutz, sondern gefährdet auch den Klimaschutz.

Das Motiv des gemeinsamen Handelns zieht sich wie ein roter Faden durch diese Ausgabe. Das gilt auch für das Thema Wirtschaft. Auch hier müssen sich die Staaten der EU und die Länder des globalen Südens verständigen, wenn sie Lösungen finden wollen. Die Regeln dürfen dabei keine Diktate der Stärkeren sein, die den Schwächeren Lasten aufbürden. Auch die Ökonomie verlangt nach Partnerschaft. Sie fair zu verhandeln ist die Aufgabe, der wir uns mit Abkommen wie **CETA** oder **Mercosur (ab Seite 12)** stellen und mit Leben erfüllen müssen. Solche Verträge fair zu gestalten, wird zur Messlatte, an der sich entscheidet, ob wir ethisch vertretbare Politik umsetzen.

Dafür tritt die ÖDP schließlich an.

Ihre

*Manuela Ripa*

Manuela Ripa

### Kontakt Manuela Ripa:

-  <https://manuela-ripa.eu/>
-  Facebook: @ripamanuela
-  Twitter: @RipaManuela
-  Instagram: @manuela.ripa

# Verpackungen neu denken



Foto: j.chzhe/shutterstock.com

**Verpackungen sorgen für zu viel Müll und können gesundheitsgefährdende Substanzen enthalten. Bei einer Podiumsdiskussion plädierte Manuela Ripa für neue Prioritäten: Es muss weniger Packungsmaterial verbraucht und somit mehr Müll vermieden werden, es braucht ein besseres Packungs-Design, auch um besser wiederverwenden zu können, Verpackungsmaterialien müssen frei von Giftstoffen sein und wir brauchen ein besseres Sammelsystem in ganz Europa.**

**Z**u viel, schlecht designt und beim Einsammeln fürs Recycling schlecht koordiniert: Ein derart vernichtendes Urteil über Verpackungen, ihren Gebrauch und die ungenügende Wiederverwendung drängt sich Teilnehmerinnen und Teilnehmern der *Diskussionsrunde* zum Thema „*The Circularity Challenge: How Recycling Contributes Towards the European Green Deal*“ im Brüsseler *Auto-world Museum* auf. Die ÖDP-Europaabgeordnete Manuela Ripa diskutierte mit Expertinnen und Experten aus Europa unseren Umgang mit Verpackungen. Die existierende Müllflut überfordert Verbraucherinnen und Verbraucher, aber die Hersteller versäumen es noch immer, Alternativen anzubieten und die Politik bekommt die Lage nur schwer geregelt. Ende November wird nun die Europäische Kommission – endlich – einen seit bereits 2018 angekündigten Gesetzesvorschlag zum Thema vorlegen.

Die Lage ist ernst. Allein in Deutschland fielen laut Zahlen aus dem *Umweltbundesamt* im Jahr 2019 gut 18,9 Millionen Tonnen Verpackungsmüll an. 8,3 Millionen Tonnen davon waren Papier und Pappe, 3,2 Millionen Tonnen wogen die Kunststoffverpackungen im Müll, 3,3 Millionen Tonnen waren Holz- und 3,1 Millionen Tonnen Glasverpackungen – all das sind jedoch eigentlich wertvolle Rohstoffe. Sie landen aber derzeit nur ungenutzt im Abfall. Dabei hat die EU als

Ziel eine Recyclingquote bei Papier- und Pappverpackungen von 85 Prozent bis zum Jahr 2030 festgelegt. Stand heute liegt die Quote bei nur 60 Prozent.

Statt Verpackungen weiter zu nutzen oder wenigstens zu recyceln, wählen die Europäer lieber den einfachen Entsorgungsweg: ab in die Länder des globalen Südens. 2020 exportierten sie 6,1 Millionen

---

***Im Jahr 2020 exportierten die Europäer 6,1 Millionen Tonnen Verpackungsmüll in Länder des globalen Südens.***

---

Tonnen Verpackungen. Auch beim Recycling von Verpackungsmüll hat Europa Nachholbedarf. Die selbstgesetzte Zielquote lag 2020 für Weiternutzung bei lediglich 50 Prozent. Sie soll bis 2035 auf 65 Prozent klettern.

Im Februar 2021 begrüßte das EU-Parlament den *Aktionsplan der Kommission* „für die Kreislaufwirtschaft in Kombination mit dem Null-Schadstoff-Ziel für eine schadstofffreie Umwelt“.

*Der Weg dahin* ist jedoch weit. 2019 noch produzierten etwa Irländerinnen und Irländer laut einer Erhebung der EU gut 228 Kilogramm Verpackungsmüll pro

Kopf und Jahr. Damit waren sie Spitzenreiter in der EU. Am unteren Ende der Skala rangierten Kroatinnen und Kroaten mit 74 Kilogramm pro Kopf und Jahr. Der EU-Durchschnitt lag bei 178 Kilogramm.

Problematisch sind auch die vielen Plastikteile und Plastikverpackungen auf den Abfallhalden. Denn im Gegensatz zu Kunststoffen in der Baubranche – etwa Plastikrohre oder Fensterprofile –, die im Durchschnitt eine Verwendungszeit von wenigstens 35 Jahren aufweisen, landen Kunststoffteile in Elektronikgeräten nach nur 8 Jahren im Müll, in Textilien sind sie nur 5 Jahre im Gebrauch. Als Verpackung sinkt diese Nutzungsdauer noch weit drastischer: Dort wird Plastik im Durchschnitt kaum ein halbes Jahr verwendet, ehe es Nutzerinnen und Nutzer im Müll entsorgen.

## Europa soll Vorreiter der Kreislaufwirtschaft werden

„Wir in Europa haben mit die besten Abfallgesetze weltweit. Eigentlich sind das die besten Voraussetzungen, um Vorreiter in der Kreislaufwirtschaft zu sein“, sagte Manuela Ripa bei der Diskussionsrunde. Es bleibt trotzdem eine Mammut-Aufgabe. Die Crux: „Wir produzieren immer noch viel zu viel Verpackungsmüll und entfernen uns damit stetig vom Ziel, bis spätestens 2050 abfallfrei zu sein.“

Für Ripa ist klar: „Wir müssen endlich handeln.“ Vor allem den Verbundmaterialien sagt die EU-Parlamentarierin den Kampf an. Denn diese sind kaum zu trennen und erschweren damit eine Aufbereitung und ein Zurückschleusen gebrauchter Verpackungen in den Wertstoffkreislauf – eine wichtige Voraussetzung, um den Ansprüchen des *Green Deal* der EU gerecht zu

werden. „Die EU sollte weltweit Vorreiter in der nachhaltigen Kreislaufwirtschaft sein“, formuliert Ripa ihre Vision, „wir sollten nicht die Fehler wiederholen, die uns einst die Marktführerschaft – etwa bei der Fotovoltaik – an die Chinesen verlieren ließen.“

Ripa weiß sich in guter Gesellschaft. Verbraucherinnen und Verbraucher wollen am liebsten 100 Prozent recyclingfähige Verpackungen. Das ergab eine Umfrage im Herbst 2022 unter 2.000 Europäern in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Spanien.

## Verbraucherinnen und Verbraucher wollen am liebsten 100 Prozent recyclingfähige Verpackungen. Das ergab eine Umfrage im Herbst 2022 unter 2.000 Europäern in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Spanien.

Die Europaabgeordnete macht sich zudem stark für ein besseres Design von Verpackungen. Hier sieht sie die Hersteller und Verwender in der Pflicht. Verbundmaterialien sollten so gestaltet werden, dass sie unproblematisch wiederverwendet werden können. Der *New Circular Economy Action Plan* der EU schreibt vor, dass Verpackungen bis zum Jahr 2030 wiederverwendbar oder recycelbar sein müssen. Dazu müssen sie weniger komplex designt sein, der Anteil an recycelten Anteilen soll steigen und Gefahrstoffe (vor allem aus den Kunststoffen) verschwinden.

Letzteres ist für Manuela Ripa eine „Herzensangelegenheit“, wie sie in der Diskussion betonte. Die Hersteller von Verpackungsmaterialien sollen auf gesundheitsschädliche Inhalte verzichten. Als Beispiel nennt sie das Verbot der Plastikstrohalme, was die Situation lediglich verschlimmbessert hat. Die Hersteller haben Papierstrohalme als vermeintlich bessere Alternative entwickelt. Um sie wasserfest zu machen, werden gefährliche Chemikalien wie per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) genutzt, die sowohl unserer Gesundheit als auch der Umwelt schaden können. Im Körper können sich PFAS negativ auf das Immunsystem auswirken, Hormone stören und krebs-erregend sein. „Die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher und vor allem die unserer Kinder darf nicht gefährdet werden“, sagt Ripa bestimmt.





**Wenn unser Konsum in dieser Form weitergeht, werden wir bis 2050 drei dieser Erden brauchen.**

Foto: Dillier/shutterstock.com

**Neue Prioritäten setzen**

Einen weiteren wichtigen Schritt hin zu mehr Kreislaufwirtschaft sieht Manuela Ripa darin, das Sammeln und Recyclen von Verpackungen europaweit zu vereinheitlichen. Das würde es Verbraucherinnen und Verbrauchern einfacher machen, Müll richtig zu entsorgen. Auch würden so Mitgliedstaaten ihre Konzepte verbessern, sodass z. B. dann nicht mehr Glas und

ganzheitlichem Denken und Handeln auf. So dürfe es keinen Müllexport mehr in die Staaten des globalen Südens geben, mit dem sich Europa „Probleme vom Hals schaffen“ wolle. Stattdessen müsse Europa sich klar sein, dass es andere Prioritäten setzen müsse.

Abfall ist letztendlich ein Luxusgut geworden, das wir uns nicht mehr leisten können. Wir müssen unseren Primärrohstoffverbrauch drastisch reduzieren, hin zur Nutzung von mehr Sekundärrohstoffen. „Wir haben nur diese eine Erde, aber wenn der Konsum in dieser Form weitergeht, werden wir bis 2050 drei dieser Erden brauchen. Deshalb müssen wir den Ressourcenverbrauch endlich innerhalb der planetaren Grenzen halten“.

**Abfall ist letztendlich ein Luxusgut geworden, das wir uns nicht mehr leisten können. Wir müssen unseren Primärrohstoffverbrauch drastisch reduzieren, hin zur Nutzung von mehr Sekundärrohstoffen.**

Die Veranstaltung kann unter folgendem Link abgerufen werden: <https://www.youtube.com/watch?v=Qn6PhC4bQnk&t=1546s>

Papier im selben Container entsorgt wird, was die Wiederverwendung sehr erschwert. Ferner kritisiert Ripa, dass in einigen EU-Ländern zu hohe Steuern dazu verleiten, dass die Menschen in diesen Ländern ihre gebrauchten Verpackungen lieber illegal verbrennen, anstatt sie ordnungsgemäß weiter zu nutzen oder wieder in den Rohstoffkreislauf zurückzuführen. „Daher brauchen wir ein harmonisiertes getrenntes Sammelsystem für Abfall – hier ist die EU gefragt“, betonte Manuela Ripa bei der Veranstaltung.

Überhaupt: „Wir müssen über unseren Tellerrand schauen“, forderte Ripa in der Diskussion zu mehr



Foto: Skyline/shutterstock.com

# Die geplante EU-Pestizidverordnung

Weniger Pflanzenschutzmittel für eine nachhaltige und widerstandsfähige Landwirtschaft



Foto: emersonbeghini/PixabayCC – PublicDomain

**D**ie moderne Landwirtschaft ist in hohem Maße auf Pestizide angewiesen, gleichzeitig wird das Bewusstsein für deren schädliche Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt von Tag zu Tag größer. Zahlreiche Studien der Europäischen Umweltagentur, der EU-Ökosystembewertung und der Forschung belegen, dass das System, wie wir Landwirtschaft betreiben, nicht nachhaltig ist. Wenn sich die Rahmenbedingungen nicht ändern, bedeutet dies eine Gefahr für unsere natürlichen Ressourcen, unsere Gesundheit, das Klima und die Wirtschaft. Pestizide sind ein Bestandteil der industriellen Landwirtschaft und es ist belegt, dass sie die Gesundheit schädigen, zum Rückgang der biologischen Vielfalt in landwirtschaftlichen Gebieten führen sowie Luft, Wasser und Umwelt kontaminieren. Zwischen 2013 und 2019 wurde der Pestizid-Schwellenwert überschritten und zwar an 13–30 Prozent aller Überwachungsstellen europäischer Flüsse und Seen.

Bereits 1990 schätzte die *Weltgesundheitsorganisation (WHO)*, dass es jährlich etwa eine Million Fälle unbeabsichtigter Pestizidvergiftungen gab, die zu rund 20.000 Todesfällen führten. Laut einer Überprü-

fung kommt es weltweit jährlich zu rund 385 Millionen Fällen unbeabsichtigter Pestizidvergiftungen, wovon rund 11.000 tödlich enden.

Der Vorschlag für eine neue EU-Pestizidverordnung ist lange überfällig. Der Verordnungsvorschlag legt rechtsverbindliche Ziele auf europäischer-Ebene fest. Der Einsatz von Pestiziden soll bis 2030 im Einklang mit der EU-Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ um 50 Prozent verringert werden. Dadurch sollen u.a. die Bodengesundheit und der Rückgang an Bestäubern gestoppt werden. Die Vorgängerverordnung war eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2009 für den Einsatz von Pestiziden. Diese wies viele Schwachstellen auf und die Vorschriften wurden in den EU-Mitgliedsstaaten uneinheitlich umgesetzt. Daher wurde die Richtlinie nun nach mehr als zwölf Jahren neu bewertet und in eine rechtsverbindliche Verordnung umgewandelt.

Insbesondere seitens der Agrarverbände wird Lobbyarbeit betrieben, um den Gesetzesvorschlag zu verzögern und abzuschwächen. Ursprünglich im März fällig, wurde der Vorschlag für eine EU-Pestizidverordnung schließlich am 22. Juni 2022 veröffentlicht. Im Europäischen Parlament ist der *Ausschuss für Umweltfra-*

gen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI), dem ich in meiner Funktion als Mitglied des Europäischen Parlaments angehöre, für den Vorschlag zuständig.

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir das sechste Massenaussterben der Geschichte erleben. Ein Nicht-handeln und ein „Weiter so“ mit der alten Richtlinie ist teurer als Handeln. Allein das Aussterben der Bestäuber führt zu einem dramatischen landwirtschaftlichen Produktionsverlust, was zu einem Anstieg der Lebensmittelpreise führen wird. Wir brauchen also eine Umstellung hin zu einer nachhaltigen und widerstandsfähigen Landwirtschaft.

Die Pläne der EU-Kommission sorgen für Bedenken in der Landwirtschaft. Es wird befürchtet, dass viele Betriebe in Existenznöte geraten. Den Unmut der Landwirtinnen und Landwirte kann ich absolut verstehen. Daher ist es wichtig, dass die Umstellung zusammen mit den Bäuerinnen und Bauern erfolgt. Ihnen muss dabei finanziell unter die Arme gegriffen werden. Die Verordnung sieht eine fünfjährige Sondermaßnahme im Rahmen der *Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)* vor, wonach der nachhaltige Einsatz von Pestiziden finanziell unterstützt werden soll. Hier kann das EU-Parlament den Vorschlag auch noch nachbessern.

Leider wird das Unbehagen der Landwirtschaft gerade auch von Politikern angeheizt – zum Beispiel durch die Behauptung, dass durch die Verordnung die Ernährungssicherheit gefährdet werde. Genau das Gegenteil ist der Fall. Es entsteht keine Nahrungsmittelkrise, denn die Verordnung würde erst in mehreren Jahren greifen. Es wird genug Zeit für eine Umstellung eingeräumt. Die mit diesen Vorschriften eingeführten Änderungen werden somit erst schrittweise erfolgen, sodass etwaige Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit von Beginn an minimiert werden. Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten die gemeinsame Agrarpolitik fünf Jahre lang nutzen, um die Kosten aufgrund der neuen Anforderungen zu decken. Dadurch können zusätzliche Kosten ausgeglichen und Preissteigerungen bei Lebensmitteln verhindert werden.

Auch die Behauptung – insbesondere deutscher EU-Abgeordneter der europäischen Volkspartei (EVP) –, dass die Kommission mit ihrem Vorschlag für eine EU-Pestizidverordnung den Pestizideinsatz in Landschaftsschutzgebieten verbieten würde, ist so nicht zutreffend. Im Verordnungsvorschlag ist von „sensiblen Gebieten“ und den „Natura 2000-Schutzgebieten“ die Rede, also von Gebieten, die durch die FFH-

Richtlinie und die Vogelschutz-Richtlinie unter Schutz gestellt wurden. Angesichts der Natura 2000-Gebiete missachtet gerade Deutschland deren Schutz – mit der Folge, dass es dafür vom *Europäischen Gerichtshof* verklagt worden ist. Durch das Missachten der Regeln durch deutsche Landwirte, Bauern und Behörden sind in den vergangenen Jahren ganze 18.000 Hektar wertvolle Mähwiesen verschwunden. Der Verlust von Mähwiesen ist für Bienen und Schmetterlinge aber katastrophal.

Die Verhandlungen um die Verordnung für den künftigen Einsatz von Pestiziden werden noch das ganze nächste Jahr dauern, sodass mit einem Verhandlungsergebnis frühestens Anfang 2024 zu rechnen ist. Es handelt sich um ein normales EU-Gesetzgebungsverfahren, wobei das Parlament und der Ministerrat zustimmen müssen. Im Anschluss an die erste Lesung wird es im Rahmen der zweiten Lesung, den sogenannten Trilogverhandlungen, zu Kompromissen zwischen den beiden Co-Gesetzgebern kommen. Wir sind aber noch ganz am Anfang der Verhandlungen. Im federführenden Umweltausschuss des Europäischen Parlaments wurde die Verordnung jetzt vorgestellt. Der Agrarausschuss des EU-Parlaments wird ebenfalls eine Stellungnahme abgeben.

So wie die Kommission die Verordnung eingebracht hat, wird sie jedenfalls nicht durchgehen. So haben sich der Vorsitzende des Agrarausschusses des EU-Parlaments sowie weitere Abgeordnete jetzt schon gegen die Verordnung positioniert. Sie lehnen sie ab und fordern ein Moratorium. Das ist meines Erachtens jedoch sehr kurzfristig. Wir brauchen die Umstellung

**Wir dürfen nicht vergessen, dass wir das sechste Massenaussterben der Geschichte erleben.**

**Wir sollten alles daran setzen, gemeinsam mit Bäuerinnen und Bauern zu handeln, dabei aber stets das Wohl unseres Planeten im Auge zu behalten.**

der Landwirtschaft – Politiker sollten daher keine Ängste schüren, sondern Bäuerinnen und Bauern hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft unterstützen.

Wir sollten alles daran setzen, gemeinsam mit Bäuerinnen und Bauern zu handeln, dabei aber stets das Wohl unseres Planeten als Grundlage auch künftiger Generationen im Auge zu behalten.



# Klares „Nein“ zu Wildtierjagd und Trophäenhandel

Trophäenjagd ist für Manuela Ripa „völlig unzeitgemäß“. Sie plädiert für ein Verbot, weil diese Art der Jagd keineswegs nachhaltig ist, dem Artenschutz widerspricht und außerdem den Klimaschutz gefährdet.

**A**ls „völlig unzeitgemäß“, vor allem aber „unmoralisch“ brandmarkt Manuela Ripa als Organisatorin der Podiumsdiskussion im Europäischen Parlament *„Halting Imports of Hunting Trophies“* (Einfuhrstopp für Jagdtrophäen) die noch immer übliche Jagd auf zum Teil geschützte Arten sowie den Handel mit erlegten Tieren oder Teilen von Tierkörpern wie Hörner, Elfenbein, Geweihen oder Fellen. Eine solche Praxis bezeichnet die Europaabgeordnete der ÖDP als „weder ethisch vertretbar noch nachhaltig“.

Zur Erfüllung der in der EU Biodiversitätsstrategie für 2030 vereinbarten Ziele des EU-Parlaments, fordert Ripa ein rasches Verbot der noch immer unter falschen Vorzeichen erlaubten Hatz auf Tiere. Diese Praxis wird von Jagenden aus reinem Vergnügen,

als Zeitvertreib oder im Wettstreit um die beeindruckendste Jagdtrophäe betrieben. Ripa war sich nach der Anhörung in Brüssel sicher, dass es sehr gute Alternativen zu diesem Jagd-„Sport“ gibt: „Wir müssen diese Art der Wildtier-‘Nutzung‘ endlich beenden.“ Auch das Argument, dass das Geld aus der Trophäenjagd förderlich für den Artenschutz sei, lässt Ripa nicht mehr gelten. Dazu fehlten – das zeigte die Anhörung – jegliche wissenschaftliche Fakten. „Das sendet eine falsche Botschaft aus“, zog die Politikerin ihr Fazit nach der Diskussion mit den dort anwesenden Expertinnen und Experten.

Die Abgeordnete zitiert zur Untermauerung ihrer Argumente gegen Trophäenjagd aus dem im Herbst 2022 publizierten *„Report for a Revision of the Trophy Hunting Regime in the European Union“* (Bericht für



eine Überarbeitung des Trophäenjagdsystems in der Europäischen Union), den mehrere Artenschutzorganisationen publizierten. Der Bericht fasst die Situa-

**Lebensraumverluste, Wilderei und Klimawandel setzten den Tieren ohnehin schon zu. Vor diesem Hintergrund erhöht die Jagd zusätzlich den Überlebensdruck auf die Populationen.**

tion so zusammen: Lebensraumverluste, Wilderei und Klimawandel setzten den Tieren bereits ohnehin über die Maßen zu. Vor diesem Hintergrund erhöhe die Jagd

zusätzlich den Überlebensdruck auf die vielfach bedrängten Populationen weiter. Die EU, fordern die Organisationen *Humane Society International*, *Born Free*, *Eurogroup for Animals*, *Pro Wildlife* und *Pro African Sanctuary Alliance*, solle daher ihre Versprechen aus der *EU Biodiversity Strategy for 2030* erfüllen und die Trophäenjagd mit strikteren Regeln und/oder einem Verbot Einhalt gebieten.

Prominent unterstützt wurde Ripas Argumentation bei der Diskussion in Brüssel auch durch die Videobotschaft der britischen Primatenforscherin Jane Goodall. Sie kritisierte scharf den Wettbewerb unter Jägern, um die meisten erlegten Arten oder die größten Trophäen. Goodall: „Solches Verhalten schwächt die Genpools der ohnehin unter Druck stehender Arten.“

## Märchen von der nachhaltigen Jagd zum Wohl der Bevölkerung

Die EU-Parlamentarier müssen allerdings dicke Bretter bohren, um diese fatale Praxis zu beenden. Die bei der dazugehörigen Debatte im Plenum des Parlaments anwesende Kommissarin übernimmt bislang noch immer die verharmlosende Position der Jagdlobby. Sie glaubt, die Jagd sei ein nachhaltiges Gewerbe – was in vielen Studien inzwischen widerlegt werden konnte.

Dass die Gelder aus dem Jagdtourismus den Ländern des globalen Südens wertvolle Einnahmen bescherten, mit denen sie dann auch Artenschutzprojekte finanzieren können, wischt unter anderem der Bericht der Artenschützer vom Tisch. Er kommt zum Schluss, dass die Einnahmen durch Jagd-Touristen unter zwei Prozent der Tourismus-Etats der Länder betragen, in denen den Tieren nachgestellt wird. Die Zahl der im Jagdgewerbe geschaffenen Jobs für Anwohner und lokale Beschäftigte liegt demnach mit unter einem Prozent noch niedriger. Solche Daten führen die angebliche Hilfsfunktion für die Wildtiere und Bevölkerung ab absurdum.

Im Gegenteil: Ein [IUCN-Bericht von 2019](#) weist nach, dass etwa in Sambia 40 Prozent und in Tansania sogar 72 Prozent der Regionen, die Jägerinnen und Jäger durchstreifen, die Tiere unter Jagddruck leben müssen und inzwischen stark „ausgeblutet“ sind. Dort sind nach Zählungen der Weltnaturschutzorganisation die Bestände der Arten bereits massiv reduziert. Artenschützer widersprechen auch dem Argument,

dass bei diesen Jagden die Tiere gezielt selektiert würden und etwa lediglich ältere, männliche Exemplare getötet würden, um damit die Reproduktion nicht zu stören. So werde der Bestand erhalten, versichert die

---

***Töte ein Jäger einen Waldelefanten, verliere das Ökosystem einen Teil seines Wertes. Somit sei der Wald nicht mehr derselbe, zitierte der Finanzexperte die Sichtweise vieler Artenschützer.***

---

Jägerlobby. Wissenschaftler dagegen betonen, dass eine solche gezielte Bejagung der Alttiere sehr wohl Einfluss auf die soziale Interaktion in den Tiergruppen habe, da auch die Alttiere wesentlich zum Sozialverhalten in den Tierpopulationen beitragen.

In der Brüsseler Diskussionsrunde brachte es Ralph Chami vom *Internationalen Währungsfonds (IMF)* auf den Punkt: „Ein Wald ist nur ein Wald mit all den Tieren, die in ihm Leben.“ Töte ein Jäger einen Waldelefanten, verliere das Ökosystem einen Teil seines Wertes. Somit sei der Wald nicht mehr derselbe, zitierte der Finanzexperte die Sichtweise vieler Artenschützer. Das habe am Ende auch Auswirkungen auf das komplexe Ökosystem und dessen Wert für Menschen: „Denn wenn ein Wald nicht mehr komplett ist, wird er auch weniger CO<sub>2</sub> speichern können und seine Klimaschutzfunktion einbüßen.“ Ein Jagdverbot sei daher auch für den Klimaschutz geboten.





Foto: Wikimedia Commons

Der Brite Sir Henry Hesketh Bell posierte 1908 nach der Jagd in Uganda mit Trophäen

## Artenschutz bringt mehr Wertschöpfung als das Abschachten der Tiere

Daher ist sich Manuela Ripa sicher: „Die Erhaltung von Wildtieren bringt mehr Wertschöpfung als das Töten der Tiere.“ Sie begründet ihren Standpunkt: „Deswegen sollte die EU dringend ihre Regelungen zur Einfuhr von Jagdtrophäen überarbeiten, den Import dieser Trophäen ganz verbieten sowie Bewusstsein außerhalb der EU dafür schaffen, dass die Trophäenjagd nicht der Erhaltung der Natur oder der Wertschöpfung für lokale Gemeinden dient.“

Noch immer aber ist Europa selbst der zweitgrößte Marktplatz für Jagdtrophäen von (aber nicht ausschließlich) exotischen Tieren. Zwischen 2014 und 2018 sind gut 5.000 Einfuhren von durch CITES, der *Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora*, bekannt. Dieses internationale Abkommen soll bedrohte Arten weltweit schützen. Dennoch finden Jägerinnen und Jäger noch immer und sogar innerhalb der EU-Grenzen Schlupflöcher, wie und wo sie auf geschützte Tiere mit ihren Flinten anlegen können. So ist es nach wie vor möglich in Rumänien, Kroatien, Estland oder Schweden Bären zu schießen oder Wölfe zu jagen.

Immerhin weiß sich Manuela Ripa mit der überwiegenden Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger im Einklang. 80 Prozent lehnen sowohl die Jagd auf geschützte Tiere und den Handel mit den Trophäen der Jagd ab. „Es ist ja auch nicht zu erklären“, meint Ripa, „dass wir als *Europäische Union* einerseits viel Geld in den Erhalt bedrohter Arten investieren und diese Bemühungen auf der anderen Seite konterkarieren, in dem wir die Jagd und den Handel mit Trophäen eben solcher schützenswerten Tiere akzeptieren.“

## Noch immer ist Europa der zweitgrößte Marktplatz für Jagdtrophäen von exotischen Tieren.

Ihre Haltung ist da eindeutig: „Das muss ein Ende haben! Wir müssen einen Markt rund um das Ökosystem schaffen, anstatt Tiere zu töten – denn letzteres ist zu kurz gedacht: Die EU muss von der Förderung des Konsums von Wildtieren abrücken und stattdessen nachhaltigere, humane und zerstörungsfreie Lösungen zur Erhaltung von Wildtieren unterstützen.“

Die Veranstaltung kann unter folgendem Link abgerufen werden: <https://www.youtube.com/watch?v=8pIrz9tNLSA>



# Fairhandel statt Freihandel

**Belebung alter Debatten: Fünf Jahre nachdem das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada teilweise in Kraft trat, soll jetzt die umstrittene Schiedsgerichtsbarkeit kommen. Und in Brasilien gibt der Wahlausgang zusätzlich Anlass, über einen Neustart bei internationalen Wirtschaftsverflechtungen nachzudenken. Manuela Ripa setzt in dieser Diskussion vor allem darauf, „dass aus Freihandel endlich Fairhandel“ wird.**

**S**eit Herbst 2022 rücken sowohl CETA wie auch das Mercosur-Abkommen erneut in den Fokus. Das EU-Abkommen mit Kanada steht vor der Einführung der umstrittenen Schiedsgerichte, Mercosur gewinnt durch den Wahlausgang in Brasilien an Aktualität. Für die Europaabgeordnete der ÖDP, Manuela Ripa, müssen beide Debatten aber „angesichts der Klimakrise dringend Nachhaltigkeit, insbesondere den Schutz von Menschenrechten, den Klima- und Biodiversitätsschutz, den Schutz von Verbraucherrechten und den Tierschutz in Freihandelsabkommen an oberste Stelle setzen“.

Zwar trat der Vertrag zwischen der EU und Kanada bereits 2017 vorläufig in Kraft. Allerdings fallen einige Teile nicht in den Zuständigkeitsbereich der Gemein-

schaft, sondern in den der Mitgliedsstaaten. Deshalb müssen alle nationalen Parlamente CETA ratifizieren. Das hält die Debatte über die negativen Auswirkungen von Freihandel etwa auf den Klimaschutz oder auf Verbraucherrechte weiterhin auf der Tagesordnung ganz oben.

Strittigste Punkte bei CETA sind der sogenannte Investitionsschutz für Firmen und die damit verbundenen Schiedsgerichte, die Streitfälle schlichten sollen. Das Abkommen plant die Schaffung eines Investitionsgerichtshofs mit unabhängigen Richtern und Zulassungshürden für Klagen. De facto besteht der Unterschied zu privaten Schiedsgerichten, wie sie in vorherigen Freihandelsabkommen eingeführt wurden, nur in Verfahrensänderungen – das



Julius-Silber/Pixabay/C-PublicDomain

System bleibt eine Paralleljustiz für Unternehmen. Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Gemeinden oder Gewerkschaften können nicht klagen, wenn ein Unternehmen im Rahmen von *CETA* gegen Umwelt-, Gesundheits- oder andere Rechte verstößt. Internationalen Konzernen ist es aber möglich, Regierungen

***Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Gemeinden oder Gewerkschaften können nicht klagen, wenn ein Unternehmen im Rahmen von CETA gegen Umwelt-, Gesundheits- oder andere Rechte verstößt.***

zu verklagen, wenn neue Gesetze ihren Profitinteressen zuwiderlaufen. Der *EuGH* segnete die Regelung 2019 „als legal“ ab.

**CETA darf Klimaschutz, Artenschutz und Verbraucherschutz nicht verhindern**

Die große Befürchtung von Umweltschützern ist seit langem, dass dieses System eine abschreckende Wirkung auf Regierungen hat und Regulierungen zur Bekämpfung der Klimakrise verhindert.

Die Ampel-Koalition in Berlin hatte sich darauf verständigt, *CETA* nur zu ratifizieren, wenn der Investitionsgerichtshof nicht dazu missbraucht werde, Klimaschutzmaßnahmen auszubremsen. Dazu handelte die Bundesregierung mit der EU-Kommission eine Vereinbarung aus, in welchen Fällen Staaten Unternehmen entschädigen müssen. Dadurch soll verhindert

***Als EU-Parlamentarierin hat sich Ripa gegen Mercosur positioniert. Es untergrabe die Bemühungen der EU um Klima- und Artenschutz.***

werden, dass Unternehmen einen Staat verklagen, weil dessen Regierung Maßnahmen ergriffen hat, um das *Pariser Klimaabkommen* umzusetzen.

So begrüßenswert eine solche nachträgliche Absicherung ist, es bleibt doch fraglich, ob sie so kommt und ob sie die entsprechende Wirkung hätte. Die Gültigkeit des Dokuments wird angezweifelt. Ein juristisches Kurzgutachten aus dem *Umweltinstitut München* kommt zum Ergebnis, dass das Gremium aus EU-Kommission und Mitgliedsstaaten, das die Vereinbarung verabschieden soll, nicht die Kompetenz habe, die Funktionsweise des Investitionsgerichtshofs nachträglich zu ändern. Dafür wäre eine komplette Neuverhandlung von *CETA* nötig. Es besteht also das Risiko, dass es sich nur um ein symbolisches Dokument handelt, das in der Realität die Aushebelung des Klimaschutzes durch Firmen nicht verhindern kann.

Auch der Verbraucherschutz bleibt bei *CETA* unsicher. In einem Bericht von *foodwatch* heißt es, dass *CETA* akut das „Vorsorgeprinzip“ der EU gefährde. Danach könnten die Behörden zum Beispiel Pestizide vorsorglich verbieten, wenn es wissenschaftlich begründete Hinweise auf Gesundheits- oder Umweltschäden gibt. Die kanadische Regierung setzt jedoch die EU unter Druck, von diesem Prinzip abzurücken.

**CETA gefährdet die Demokratie**

Kritik gibt es auch an der Transparenz: Durch *CETA* werden Ausschüsse zur „regulatorischen Zusammenarbeit“ eingerichtet, die mit Beamten aus der EU und Kanada besetzt sind. Die *Crux*: Diese Gremien tagen im Geheimen, haben aber weitreichende Befugnisse. Sie können international verbindliche Entscheidungen zu sensiblen Themen, wie Importregeln für Lebensmittel mit Pestizidrückständen treffen oder Fleischhygiene-



Foto: Rich Carey/shutterstock.com

kontrollen regeln. Durch ihre Intransparenz sind die Ausschüsse jedoch anfällig für den Einfluss von Lobbyverbänden.

Es wird daher gefordert, dass die Macht der Ausschüsse besser demokratisch kontrolliert werden soll. Auch der Deutsche Bundestag soll künftig die Verhandlungen von Freihandelsverträgen enger begleiten. Bisher gibt es aber keine konkreten Verhandlungsergebnisse, wie die Kontrolle der Gremien gesichert werden könnte.

**„Im Grunde würden wir mit EU-Geldern Anreize schaffen, um den Regenwald weiter für Ackerland und Weideflächen abzuholzen, Klimaambitionen würden zugunsten des Handels weiter gelockert und Lieferketten würden schwerer zurückzuverfolgen sein“.**

Gemeinsam mit der ÖDP ruft die EU-Abgeordnete Manuela Ripa daher den Bundestag und den Bundesrat dazu auf, „vorerst kein grünes Licht für das Inkrafttreten der verbleibenden Teile von CETA zu geben“. Ihr Argument: „So wie das Abkommen momentan ausgestaltet ist, handelt es sich nicht um ein Fair-Handelsabkommen“.

Für Ripa gewinnt das Thema Handelsbeziehungen auch nach der jüngsten Wahl in Brasilien an Aktualität. Dort löste Ex-Präsident Lula da Silva den bisherigen Amtsinhaber Jair Bolsonaro ab und will damit die Verhandlungen über das Mercosur-Abkommen neu beleben. Ripa wertet die Wahl Lulas als „positiv“, denn Lula hat sich gegen die Abholzung des Regenwaldes am Amazonas ausgesprochen und mehr Schutz von Öko-

systemen versprochen. Ripa: „Bei den Neuverhandlungen zum Mercosur-Abkommen wird man sehen, wie ernst es Lula mit dem Klimaschutz meint. Daran wird man messen können, ob der Schutz des Regenwaldes nur ein Lippenbekenntnis Lulas ist.“

Als EU-Parlamentarierin hat sich Ripa gegen Mercosur positioniert. Es untergrabe die Bemühungen der EU um Klima- und Artenschutz. „Im Grunde würden wir mit EU-Geldern Anreize schaffen, um den Regenwald weiter für Ackerland und Weideflächen abzuholzen. Klimaambitionen würden zugunsten des Handels weiter gelockert und Lieferketten würden schwerer zurückzuverfolgen sein“, sagte sie dazu in einem Interview mit der taz. Die Europäerinnen und Europäer jedoch sollten nicht vergessen, dass sie „über ein Viertel der Emissionen aus dem Agrar-Bereich aus Lateinamerika importieren, da die Hälfte unserer Importe aus den Mercosur-Staaten landwirtschaftliche Produkte sind“.

Die Region der Mercosur-Staaten jedoch, das betont Manuela Ripa, sei „von entscheidender Wichtigkeit für die globale Biodiversität und für das Weltklima“. Sie bewertet Mercosur nach Lulas Wahlsieg daher neu: „Mit seinen Beteuerungen, den Regenwald schützen zu wollen, wird das Abkommen – so kritisch ich es auch sehe – nun einen neuen Anlauf nehmen.“ Sie knüpft dies allerdings an Bedingungen: „Die Verhandlungen dürfen erst wiederaufgenommen werden, wenn der Europäische Green Deal vollständig in das Mercosur-Abkommen integriert wird, mit sanktionierbaren Umwelt-, Natur- und Menschenrechtsstandards.“

Manuela Ripa will damit den internationalen Handel stärker an ethische Standards knüpfen. Unsere Freihandelsabkommen brauchen klare Orientierung, fordert sie: „Wir müssen innerhalb unserer planetaren Grenzen bleiben.“ Sie ist sich dabei auch sicher, wer auf diesem Weg vorangehen muss: „Wer, wenn nicht wir Europäer, sollte dies zur Maßgabe machen?“

# Meine Besuchergruppen im Europäischen Parlament 2022

Dieses Jahr konnte ich nach langer Corona-Pause wieder Besuchergruppen im Europäischen Parlament (EP) empfangen. Sowohl in Brüssel als auch in Straßburg haben sich verschiedenste Teilnehmerinnen und Teilnehmer Europapolitik mal genauer angeschaut!

Darunter die ...

## Mitglieder der Bezirksvereinigung Saarland-Ost im Bund deutscher Schiedsmänner und -frauen (BDS) am 12. Mai in Brüssel

Mit den Ehrenamtlern aus dem Saarland habe ich mich über meine Arbeit im EP unterhalten und die



Auswirkungen der aktuellen Gesetzesvorhaben auf das Saarland diskutiert, an denen ich in Brüssel arbeite. Während der lebendigen Debatte stellte sich einmal mehr heraus, wie sehr die Menschen nachhaltige Politik einfordern – zum Beispiel den massiven Ausbau von Solarenergie und Förderung regionaler Produkte durch die EU.

## Mitglieder des ÖDO-Kreisverbands Ansbach am 23. Mai in Straßburg

Mit den Mitgliedern des ÖDP-Kreisverbands Ansbach in Bayern diskutierte ich angeregt über die EU-Um-



weltpolitik und die Prioritäten unserer Partei auf Europaebene. Ich habe viele Impulse für meine tägliche parlamentarische Arbeit mitnehmen können.

## Mitglieder des Bundesvorstands und der Bundesprogrammkommission der ÖDP am 27. Juni in Brüssel



Nach einer Führung durch das EP hatte ich mit Teilen des ÖDP-Vorstands und der Programmkommission auf Bundesebene einen guten Austausch u. a. darüber, wie das EP funktioniert, zum EU-Klimaschutzpaket „Fit for 55“ und den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus, für den ich in meiner Fraktion zuständig bin.

## Mitglieder der JÖ am 8. und 9. September in Brüssel

Im September bekam auch eine Gruppe der Jungen Ökologen (JÖ) eine Führung durch das EP. Im Anschluss tauschten wir uns über aktuelle



EU-Themen und mein politisches Tagesgeschäft aus. Spannend war u. a. unser Austausch darüber wie die Kennzeichnung für Lebensmittel, insbesondere für vegane Lebensmittel, optimiert werden kann.

## Mitglieder der ÖDP Karlsruhe am 26. September in Brüssel

Auf eine Führung durch das EP folgte eine angeregte Diskussion mit Mitgliedern der ÖDP Karlsruhe zu Themen, die uns als Partei auf EU-Ebene sowie auf nationaler Ebene bewegen – wie die bevorstehende EU-Wahlrechtsreform, aktuelle Gesetzesvorhaben oder



der monatliche Wanderzirkus des Europäischen Parlaments von Brüssel nach Straßburg.

### Mitglieder der ÖDP-Kreisverbände Mainburg und Landshut am 24. Oktober in Brüssel

Mit den Kreisverbänden der ÖDP aus Mainburg und Landshut habe ich ebenfalls viele spannende Themen besprochen. Unter anderem ging es um einen stärkeren Naturschutz auf EU-Ebene und die regionale Land-



wirtschaft. Außerdem waren wir uns einig, dass wir in Europa führend in der Kreislaufwirtschaft werden müssen! Das Recht auf Reparatur und die Entwicklung langlebiger Produkte sind zentrale Bestandteile davon. Daher hat es mich sehr gefreut zu hören, dass die ÖDP Mainburg mit der Gründung eines Repair Cafés ihren Teil dazu beiträgt, um eine Gegenbewegung zu unserer ressourcenintensiven Wegwerfgesellschaft zu schaffen!

### Herzlichen Dank an alle Besucher!



#### EuropaBürgerbüro

Mainzer Straße 110  
66121 Saarbrücken  
Tel.: 06 81 / 590 998 31  
E-Mail: europabuero@manuela-ripa.eu

Wenn Sie ebenfalls an einem Besuch interessiert sind, können Sie sich an meinen Mitarbeiter, Claude Kohnen, wenden, der unter der E-Mail [kohnen@manuela-ripa.eu](mailto:kohnen@manuela-ripa.eu) erreichbar ist. Oder sie gehen in meinem Bürgerbüro in Saarbrücken vorbei und erkundigen sich dort über die Möglichkeit eines Besuchs im Europäischen Parlament.

## Kontakt Manuela Ripa MdEP



### Brüssel

Parlement européen  
Bât. ASP 09G354  
Rue Wiertz 60 / Wiertzstraat 60  
B-1047 Bruxelles/Brussel  
Tel.: 0032 2 28 45739

### Straßburg

Parlement européen  
Bât. WIC M01045  
1 Av. du Président Robert Schuman  
CS 91024 F-67070 Strasbourg Cedex  
Tel.: 0033 3 88 1 75739

[manuela.ripa@ep.europa.eu](mailto:manuela.ripa@ep.europa.eu)

### Impressum

#### Inhalt und Redaktion:

Manuela Ripa, Gerd Pfitzenmaier,  
Adriana Messerschmidt, Yannik Bernardi

Büro: EuropaBürgerbüro, Mainzer Straße 110,  
66121 Saarbrücken, Tel.: 0681/590 998 31,  
E-Mail: europabuero@manuela-ripa.eu

Layout: Heike Brückner, Grafikstudio Art und Weise

Druck: Druckerei Schmidl und Rotaplan, Regensburg.  
Der Druck erfolgte auf 100 % Recyclingpapier.



Die vorliegende Veröffentlichung wurde mit Geldern des Europäischen Parlaments unterstützt. Die Haftung für die Inhalte liegt allein bei den Autoren. Das Europäische Parlament haftet nicht für eine etwaige Weiterverwendung der darin enthaltenen Informationen.